

Europäischer Tarifbericht des WSI – 2005/2006

Thorsten Schulten

Die Tarifeinverständnisse in Europa finden in den Jahren 2005 und 2006 vor dem Hintergrund nach wie vor schwacher Wachstumsraten und anhaltender Massenarbeitslosigkeit statt. Die aktuelle Entwicklung der Löhne hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Mittelfristig entspricht die Lohnentwicklung damit im EU-Durchschnitt den Kriterien einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Bei der Ausschöpfung der nationalen Verteilungsspielräume bestehen zwischen den einzelnen europäischen Ländern jedoch noch immer gravierende Unterschiede. Hervorstechend ist vor allem die tarifpolitische Sonderrolle Deutschlands. Hier wurden in den Jahren 2005 und 2006 einmal mehr die niedrigsten Lohnzuwächse und die schlechteste Verteilungsbilanz in Europa erzielt.

1 Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

1.1 ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Die ökonomischen Rahmenbedingungen der Tarifpolitik haben sich im Jahr 2005 in den meisten europäischen Ländern im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich verschlechtert. Nachdem im Anschluss an die schwachen Wachstumsjahre 2002 und 2003 im Jahr 2004 nahezu überall in Europa eine spürbare konjunkturelle Erholung eingesetzt hatte, hat der Konjunkturaufschwung bereits 2005 wieder eine deutliche Delle erhalten. In den Ländern der alten Europäischen Union (EU 15) lag das durchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bei 1,5 % gegenüber 2,3 % im Vorjahr (Tabelle 1).¹ Zu den Ursachen dieser Konjunkturdelle gehört vor allem das anhaltend schwache Wachstum in Deutschland, das sich mit 0,9 % im Jahr 2005 gegenüber 1,6 % im Vorjahr fast halbiert hat.

Für das Jahr 2006 erwartet die Europäische Kommission wieder ein etwas höheres Wachstum von durchschnittlich 2,2 % für die EU 15. Während für einige Länder Wachstumsraten von mehr als 3 % (Dänemark, Finnland, Griechenland, Schweden und Spanien) oder gar 4 % (Irland und Luxemburg) prognostiziert werden, gehört Deutschland auch im Jahr 2006 zusammen mit Portugal und Italien zu den Ländern mit der schlechtesten Wachstumsperformance. Die neuen EU-Staaten aus Mittel- und Osteuropa haben im Jahr 2005 ihren ökonomischen Aufholprozess weiter fort-

gesetzt und konnten durchweg höhere Wachstumsraten als die alten EU-Länder aufweisen. Mit einem BIP-Wachstum von 10,2 % nahm Lettland die Spitzenposition ein.

1.2 DIE LAGE AUF DEM ARBEITSMARKT

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2005 in den meisten Ländern der alten EU kaum verändert. Trotz niedrigerer Wachstumsraten ist die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der EU 15 mit 7,9 % gegenüber 8,1 % im Vorjahr sogar leicht zurückgegangen (Tabelle 1). Für 2006 prognostiziert die Europäische Kommission weiterhin einen stagnierenden Arbeitsmarkt und geht von einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 7,8 % aus. Zwischen den einzelnen europäischen Ländern bestehen allerdings nach wie vor große Unterschiede. Die geringsten Arbeitslosenquoten mit Werten von unter 5 % finden sich in Dänemark, Großbritannien, Irland und den Niederlanden, während Österreich und Luxemburg erstmals seit Jahrzehnten die 5 %-Marke überschritten haben. Nachdem Spanien als eines der wenigen alten EU-Länder seine Arbeitslosigkeit auch 2005 weiter reduzieren konnte, weist nun Griechenland mit 9,8 % die höchste Arbeitslosenquote in der EU 15 auf, gefolgt von Deutschland und Frankreich mit einer Quote von je 9,5 %.

Vor dem Hintergrund relativ hoher Wachstumsraten haben die meisten neuen EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa 2005 ihre Arbeitslosenraten zum Teil deutlich reduzieren können. Nach den Prognosen der Europäischen Kommission wird dieser Trend auch 2006 weiter anhalten. Allerdings bestehen deutliche Niveauunterschiede: 2005 finden sich EU-weit die mit

Abstand höchsten Arbeitslosenraten in Polen (17,7 %) und der Slowakei (16,4 %). Die geringste Arbeitslosigkeit existiert hingegen in Zypern (5,3 %) und Slowenien (6,35 %).

Insgesamt gibt es in den alten und den neuen EU-Staaten über 18 Mio. offiziell registrierte Arbeitslose. Damit stehen die aktuellen Tarifeinverständnisse in den meisten EU-Staaten unvermindert unter dem Druck anhaltender Massenarbeitslosigkeit, die die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nachhaltig schwächt und sich in der Regel stark dämpfend auf die Lohnentwicklung auswirkt (Hein/Schulten 2004).

1.3 DER TARIFFPOLITISCHE VERTEILUNGSSPIELRAUM

Neben der allgemeinen Konjunktorentwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt werden die Tarifeinverständnisse in den meisten europäischen Ländern vor allem durch die Entwicklung der Preise und der Arbeitsproduktivität geprägt (Tabelle 2). Die Summe beider Indikatoren bildet den tarifpolitischen Verteilungsspiel-

¹ Im Folgenden wird, falls nicht anders ausgewiesen, auf Daten aus der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen (Europäische Kommission 2006a). Bei den Angaben für 2006 handelt es sich um Prognosen aus dem Frühjahrgutachten der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2006b).

Thorsten Schulten, Dr., Wissenschaftler im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.
Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.
e-mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

raum, dessen Ausschöpfung durch entsprechende Lohnerhöhungen den Beschäftigten eine gleichgewichtige Partizipation an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung garantiert und das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen konstant hält. Makroökonomisch gilt die damit verbundene *produktivitätsorientierte (Real)-Lohnpolitik* als wachstums- und stabilitätsgerecht, da sie die private Konsumnachfrage fördert, ohne einen inflationären oder deflationären Druck auf die Preisentwicklung auszuüben.

Innerhalb einer ökonomisch hochgradig integrierten Region wie der Europäischen Union, die noch dazu in ihrem Kern über eine gemeinsame Währung verfügt, bildet die produktivitätsorientierte Lohnpolitik zudem eine wesentliche Voraussetzung für langfristig stabile internationale Wirtschaftsbeziehungen (Flassbeck/Spiecker 2005). In diesem Sinne fordert zum Beispiel die Europäische Kommission (2005, S. 17), dass „die realen Lohnerhöhungen mit dem mittelfristigen Produktivitätswachstumstrend in Einklang stehen“. Auch die europäischen Gewerkschaften haben sich als Zielmarke für eine europäische Koordinierung der Tarifpolitik auf eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik verständigt, die die nationalen Verteilungsspielräume ausschöpft, um auf diese Weise gegenseitiges Lohndumping und einen europaweiten Lohnsenkungswettlauf zu verhindern (Schulten 2004).

Die Definition des tarifpolitischen Verteilungsspielraumes als Summe aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ist in der Wirtschaftswissenschaft weitgehend unstrittig. Keine einheitliche Position besteht hingegen bei der Frage, welche konkreten Indikatoren insbesondere für die Preisentwicklung verwendet werden sollen. Gegenüber möglichen alternativen Indikatoren (wie z. B. der Kerninflationsrate, der EZB-Zielinflationsrate oder der Entwicklung der Erzeugerpreise) wird im Folgenden bei der Bestimmung der nationalen Verteilungsspielräume zunächst die jeweils nationale Entwicklung der Konsumentenpreise zugrunde gelegt, die aus Arbeitnehmersicht der relevanteste Indikator ist.²

Die Entwicklung der (*Konsumenten*)-Preise in der EU hat sich trotz eines deutlichen Anstiegs der internationalen Rohstoffpreise im Jahr 2005 nicht verändert und lag wie bereits im Vorjahr bei durchschnittlich 1,9 %. Auch für 2006 erwartet die Europäische Kommission kaum Ver-

Tabelle 1: Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 2002–2006

	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾					Arbeitslosenquote ²⁾				
	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006
Alte EU-Staaten										
Belgien	1,5	0,9	2,6	1,2	2,3	7,5	8,2	8,4	8,4	8,0
Dänemark	0,5	0,7	1,9	3,1	3,2	4,6	5,4	5,5	4,8	4,0
Deutschland	0,1	-0,2	1,6	0,9	1,7	8,2	9,0	9,5	9,5	9,4
Finnland	2,2	2,4	3,6	2,1	3,6	9,1	9,0	8,8	8,4	7,9
Frankreich	1,2	0,8	2,3	1,4	1,9	8,9	9,5	9,6	9,5	9,4
Griechenland	3,8	4,8	4,7	3,7	3,5	10,3	9,7	10,5	9,8	9,5
Großbritannien	2,0	2,5	3,1	1,8	2,4	5,1	4,9	4,7	4,7	5,0
Irland	6,1	4,4	4,5	4,7	4,9	4,5	4,7	4,5	4,3	4,4
Italien	0,3	0,0	1,1	0,0	1,3	8,6	8,4	8,0	7,7	7,7
Luxemburg	3,6	2,0	4,2	4,2	4,4	2,8	3,7	4,8	5,3	5,7
Niederlande	0,1	-0,1	1,7	1,1	2,6	2,8	3,7	4,6	4,7	4,3
Österreich	1,0	1,4	2,4	1,9	2,5	4,2	4,3	4,8	5,2	5,2
Portugal	0,8	-1,1	1,1	0,3	0,9	5,0	6,3	6,7	7,6	8,1
Schweden	2,0	1,7	3,7	2,7	3,4	4,9	5,6	6,3	7,8	7,0
Spanien	2,7	3,0	3,1	3,4	3,1	11,1	11,1	10,6	9,2	8,7
EU 15	1,1	1,1	2,3	1,5	2,2	7,6	8,0	8,1	7,9	7,8
Neue EU-Staaten										
Estland	7,2	6,7	7,8	9,8	8,9	10,3	10,0	9,7	7,9	7,0
Lettland	6,5	7,2	8,5	10,2	8,5	12,2	10,5	10,4	9,0	8,4
Litauen	6,8	10,5	7,0	7,5	6,5	13,5	12,4	11,4	8,2	7,1
Malta	1,5	-2,5	-1,5	2,5	1,7	7,5	7,6	7,3	7,3	7,4
Polen	1,4	3,8	5,3	3,2	4,5	19,9	19,6	19,0	17,7	16,2
Slowakei	4,6	4,5	5,5	6,0	6,1	18,7	17,6	18,2	16,4	15,5
Slowenien	3,5	2,7	4,2	3,9	4,3	6,3	6,7	6,3	6,3	6,3
Tschechien	1,5	3,2	4,7	6,0	5,3	7,3	7,8	8,3	7,9	7,7
Ungarn	3,8	3,4	4,6	4,1	4,6	5,8	5,9	6,1	7,2	7,7
Zypern	2,1	1,9	3,9	3,8	3,8	3,6	4,1	4,7	5,3	5,4
Gesamte EU 25	1,2	1,2	2,4	1,6	2,3	8,8	9,0	9,1	8,7	8,5

1) Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr.
 2) Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).
 Angaben für 2006 = Frühjahrsprognose 2006 der Europäischen Kommission.
 Quelle: Europäische Kommission (2006a).

WSI Hans Böckler
Stiftung

schiebungen. Damit entspricht die Preisentwicklung nach wie vor der (inoffiziellen) Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) von knapp 2 %. In den alten EU-Staaten reichte die Spannweite der nationalen Preissteigerungsraten im Jahr 2005 von 1,0 % in Schweden bis zu 3,5 % in Spanien. Die Preisentwicklung in Deutschland lag mit 1,3 % einmal mehr deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts. In den neuen EU-Staaten haben sich die noch vor einigen Jahren sehr hohen nationalen Preissteigerungsraten weiter dem niedrigen Niveau der alten EU angenähert. Eine deutlich nach oben abweichende Preisentwicklung findet sich lediglich noch in Lettland (11,1 %) und in Ungarn (5,4 %).

Das Wachstum der *Arbeitsproduktivität* hat sich im Jahr 2005 im Durchschnitt der alten EU mit 1,0 % im Vergleich zu 1,9 % im Vorjahr wieder deutlich verlangsamt. Mit Ausnahme von Dänemark und Griechenland, die mit Werten von 2,4 % bzw. 2,2 % die höchsten Zuwächse verzeichnet

haben, ist das Produktivitätswachstum in allen alten EU-Ländern zurückgegangen und erreichte mit einem Negativwachstum von -0,1 % in Italien seinen Tiefpunkt. Für 2006 erwartet die Europäische Kommission zwar einen leichten Anstieg des Produktivitätswachstums von durchschnittlich 1,4 %, der jedoch insbesondere durch ein wiederum rückläufiges Produktivitätswachstum in Deutschland gedämpft wird. In den neuen EU-Staaten liegt das Produktivitätswachstum noch immer deutlich über dem Niveau der alten EU. Die höchsten Produktivitätszuwächse konnten die baltischen Staaten verzeichnen, wobei Lettland mit einem Produktivitätswachstum von 8,5 % den höchsten Wert aufweist.

² Zur theoretischen Diskussion über die unterschiedlichen Definitionen einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik vgl. Schulten (2004, S. 108ff.).

Tabelle 2: Preise, Arbeitsproduktivität und neutraler Verteilungsspielraum in der Europäischen Union 2002–2006

	Preise ¹⁾					Arbeitsproduktivität ²⁾					Tarifpolitischer Verteilungsspielraum ³⁾				
	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006
Alte EU-Staaten															
Belgien	1,3	1,6	2,5	2,8	2,4	1,7	1,0	2,0	0,3	1,3	3,0	2,6	4,5	3,1	3,7
Dänemark	1,7	2,0	1,7	2,0	1,9	0,5	1,9	1,8	2,4	2,7	2,2	3,9	3,5	4,4	4,6
Deutschland	1,2	1,5	1,4	1,3	1,4	1,1	1,5	2,1	1,5	1,4	2,3	3,0	3,5	2,8	2,8
Finnland	2,9	0,0	0,1	1,3	1,2	1,3	2,4	3,3	0,5	2,2	4,2	2,4	3,4	1,8	3,4
Frankreich	1,0	1,4	1,7	1,2	1,8	0,3	0,7	2,5	1,2	1,4	1,3	2,1	4,2	2,4	3,2
Griechenland	2,5	2,8	2,5	3,7	3,2	3,7	3,4	1,7	2,2	2,2	6,2	6,2	4,2	5,9	5,4
Großbritannien	1,5	2,0	1,4	2,0	2,1	1,2	1,6	2,1	0,8	2,0	2,7	3,6	3,5	2,8	4,1
Irland	5,1	3,7	0,8	1,9	2,3	4,3	2,4	1,3	-0,1	2,0	9,4	6,1	2,1	1,8	4,3
Italien	2,9	2,8	2,6	2,3	2,4	-0,9	-0,6	1,0	0,4	1,1	2,0	2,2	3,6	2,7	3,5
Luxemburg	0,7	2,2	2,4	2,5	3,2	0,7	0,2	1,9	1,3	1,3	1,4	2,4	4,3	3,8	4,5
Niederlande	3,0	2,2	1,1	1,6	2,0	0,3	0,7	3,4	1,7	1,8	3,3	2,9	4,5	3,3	3,8
Österreich	1,0	1,5	2,0	2,0	1,7	1,2	1,2	2,2	1,3	1,9	2,2	2,7	4,2	3,3	3,6
Portugal	3,0	2,8	2,6	2,6	2,8	0,4	-0,7	1,0	0,3	0,7	3,4	2,1	3,6	2,9	3,5
Schweden	1,7	1,8	1,3	1,0	1,3	1,8	2,0	4,3	2,0	1,8	3,5	3,8	5,6	3,0	3,1
Spanien	2,9	2,8	3,4	3,5	3,6	0,3	0,4	0,5	0,3	0,4	3,2	3,2	3,9	3,8	4,0
EU 15	1,8	2,0	1,8	1,9	2,1	0,6	0,9	1,9	1,0	1,4	2,4	2,9	3,7	2,9	3,5
Neue EU-Staaten															
Estland	3,2	0,7	2,6	3,4	3,6	5,6	5,8	7,7	7,9	8,0	8,8	6,5	10,3	11,3	11,6
Lettland	2,2	3,1	6,1	11,1	6,6	4,8	5,4	7,4	8,5	7,4	7,0	8,5	13,5	19,6	14,0
Litauen	-0,1	-2,7	1,1	3,3	3,5	2,6	8,0	7,1	4,9	5,5	2,5	5,3	8,2	8,2	9,0
Malta	1,4	0,8	3,5	3,0	3,2	2,1	-1,8	-2,8	1,9	1,4	3,5	-1,0	0,7	4,9	4,6
Polen	3,3	0,4	3,1	1,8	0,5	4,5	5,1	3,9	0,9	2,0	7,8	5,5	7,0	2,7	2,5
Slowakei	2,5	7,7	6,9	3,2	3,7	5,2	2,6	5,9	3,8	4,8	7,7	10,3	12,8	7,0	8,5
Slowenien	7,9	5,4	3,5	1,6	2,2	1,9	2,9	3,7	3,1	3,7	9,8	8,3	7,2	4,7	5,9
Tschechien	0,7	1,8	2,2	1,0	2,0	0,0	0,1	4,8	5,0	4,6	0,7	1,9	7,0	6,0	6,6
Ungarn	3,0	4,3	4,5	5,4	2,7	3,9	2,6	5,2	3,7	4,1	6,9	6,9	9,7	9,1	6,8
Zypern	2,5	3,4	2,1	2,8	3,2	1,0	0,9	2,3	2,2	2,3	3,5	4,3	4,4	5,0	5,5
Gesamte EU 25	1,8	2,0	1,9	1,9	2,1	0,9	1,0	2,0	0,9	1,5	2,7	3,0	3,9	2,8	3,6

1) Preise = Deflator des privaten Verbrauchs, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 2) Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 3) Tarifpolitischer Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung.
 Angaben für 2006 = Frühjahrsprognose 2006 der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission (2006a); eigene Berechnungen.

Aus der Gesamtsumme von Preis- und Produktivitätsentwicklung ergibt sich im Durchschnitt für die alten EU-Staaten ein *tarifpolitischer Verteilungsspielraum* von 2,9 % im Jahr 2005 und prognostizierten 3,5 % im Jahr 2006. In den neuen EU-Staaten liegt der Verteilungsspielraum zumeist deutlich höher und erreicht im Falle von Estland und Lettland sogar immer noch zweistellige Werte.

2 Lohnentwicklung und Ausschöpfung nationaler Verteilungsspielräume

Jede Diskussion um die Ausschöpfung der nationalen Verteilungsspielräume durch die Tarifpolitik ist zunächst mit dem Problem konfrontiert, dass es bis heute keine verlässliche Statistik über die Entwicklung der *Tariflöhne* in Europa gibt.³ Von den im

Folgenden verwendeten Daten, die sich ausschließlich auf die Entwicklung der *Effektivlöhne*⁴ beziehen, kann daher nicht ohne Weiteres auf die Bedeutung der Tarifpolitik oder gar den Einfluss der Gewerkschaften geschlossen werden. Mitunter kann eine erhebliche Lohndrift zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung bestehen, die zum

Teil in der jeweils unterschiedlichen Funktions- und Reichweite der nationalen Tarifvertragssysteme begründet liegt, zum anderen aber auch durch die Bedeutung übertariflicher Zulagen auf Unternehmensebene sowie die Entwicklung der effektiven Arbeitszeiten (Feiertage, Überstunden usw.) beeinflusst wird.⁵

3 Seit einigen Jahren veröffentlicht das *European Industrial Relations Observatory (EIRO)* regelmäßig Daten über die Entwicklung der Tariflöhne in Europa (vgl. zuletzt Carley 2006a). Eine Überprüfung der vom EIRO verwendeten nationalen Ursprungsdaten macht jedoch deutlich, dass diese große methodische Mängel aufweisen und nicht miteinander vergleichbar sind. Auch der *Europäische Gewerkschaftsbund* erfasst Tariflohnsteigerungen (vgl. zuletzt Keune 2005). Die hier verwendeten Daten, die auf Angaben der nationalen Gewerkschaftsverbände beruhen, sind wegen ihrer sehr unterschiedlichen und intransparenten Erhebungsmethoden jedoch ebenfalls kaum miteinander vergleichbar. Schließlich hat die *Europäische Zentralbank* einen eigenen Tariflohnindex für die

Eurozone entwickelt, mit dem sie regelmäßig Daten über Tariflohnsteigerungen berechnet (vgl. z. B. EZB 2006, S. 61).

4 Streng genommen werden in der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission keine „Löhne“ sondern „Arbeitnehmerentgelte“ (definiert als Bruttolöhne plus Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) ausgewiesen. Der hier im Folgenden verwendete Lohnbegriff umfasst demnach die gesamten Arbeitskosten.

5 Nach den Daten der EZB (2006, S. 543) ist die Lohndrift zwischen Tariflohn- und Effektivlohnsteigerung in der gesamten Eurozone in den letzten Jahren zumeist positiv. Eine Ausnahme ist Deutschland, wo es seit den 1990er Jahren eine negative Lohndrift gibt (Bisping/Schulten 2005, S. 468).

Tabelle 3: Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union 2002–2006

	Nominallöhne ¹⁾					Reallöhne ²⁾					Verteilungsbilanz ³⁾				
	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006
Alte EU-Staaten															
Belgien	3,8	1,7	2,1	2,4	2,4	2,5	0,1	-0,4	-0,3	0,0	0,8	-0,9	-2,4	-0,7	-1,3
Dänemark	3,8	3,8	2,1	3,7	3,8	2,0	1,7	0,4	1,7	1,9	1,6	-0,1	-1,4	-0,7	-0,8
Deutschland	2,0	2,4	1,4	0,8	0,8	0,8	0,9	0,0	-0,5	-0,7	-0,3	-0,6	-2,1	-2,0	-2,0
Finnland	1,8	2,6	4,1	3,1	2,8	-1,0	2,7	3,9	1,8	1,6	-2,4	0,2	0,7	1,3	-0,6
Frankreich	3,0	2,4	3,1	3,2	3,3	1,9	1,0	1,3	2,0	1,5	1,7	0,3	-1,1	0,8	0,1
Griechenland	10,0	4,6	5,8	6,1	5,9	7,3	1,7	3,2	2,3	2,6	3,8	-1,6	1,6	0,2	0,5
Großbritannien	3,6	4,8	4,3	4,4	4,3	2,1	2,8	2,8	2,3	2,2	0,9	1,2	0,8	1,6	0,2
Irland	5,1	5,6	5,5	5,1	5,0	0,0	1,8	4,7	3,1	2,6	-4,3	-0,5	3,4	3,3	0,7
Italien	2,7	3,7	3,5	2,9	2,6	-0,1	0,9	0,8	0,5	0,2	0,7	1,5	-0,1	0,2	-0,9
Luxemburg	3,9	1,8	4,1	3,7	3,5	3,2	-0,4	1,7	1,2	0,3	2,5	-0,6	-0,2	-0,1	-1,0
Niederlande	5,2	4,0	3,3	2,2	2,2	2,1	1,8	2,2	0,6	0,2	1,9	1,1	-1,2	-1,1	-1,6
Österreich	2,1	1,9	2,3	3,0	3,4	1,1	0,4	0,3	1,0	1,7	-0,1	-0,8	-1,9	-0,3	-0,2
Portugal	4,4	3,1	2,4	2,9	2,7	1,3	0,3	-0,1	0,3	-0,1	1,0	1,0	-1,2	0,0	-0,8
Schweden	2,9	3,0	3,7	3,4	3,7	1,1	1,2	2,3	2,3	2,4	-0,6	-0,8	-1,9	0,4	0,6
Spanien	3,3	3,4	3,3	2,5	3,3	0,4	0,5	-0,1	-1,0	-0,4	0,1	0,2	-0,6	-1,3	-0,7
EU 15	2,9	3,1	2,8	2,6	2,8	1,1	1,1	1,0	0,7	0,7	0,5	0,2	-0,9	-0,3	-0,7
Neue EU-Staaten															
Estland	10,3	10,9	10,8	12,0	11,7	7,0	10,1	8,0	8,3	7,9	1,5	4,4	0,5	0,7	0,1
Lettland	4,0	11,1	15,1	14,4	15,0	1,8	7,9	8,5	3,0	7,8	-3,0	2,6	1,6	-5,2	1,0
Litauen	4,4	8,8	8,1	11,5	8,9	4,4	11,8	6,9	7,9	5,2	1,9	3,5	-0,1	3,3	-0,1
Malta	2,8	1,7	-0,8	2,4	2,9	1,3	0,8	-4,1	-0,6	-0,3	-0,7	2,7	-1,5	-2,5	-1,7
Polen	2,0	0,8	1,9	3,0	4,4	-1,3	0,4	-1,2	1,2	3,9	-5,8	-4,7	-5,1	0,3	1,9
Slowakei	9,3	6,0	10,8	5,0	7,3	6,6	-1,5	3,6	1,8	3,4	1,6	-4,3	-2,0	-2,0	-1,2
Slowenien	8,5	7,8	7,7	5,0	5,2	0,6	2,2	4,0	3,3	2,9	-1,3	-0,5	0,5	0,3	-0,7
Tschechien	6,2	4,9	6,3	5,1	4,8	5,4	3,0	4,0	4,0	2,7	5,5	3,0	-0,7	-0,9	-1,8
Ungarn	12,7	10,0	9,7	8,9	5,1	9,4	5,4	4,9	3,3	2,3	5,8	3,1	0,0	-0,2	-1,7
Zypern	4,1	9,3	3,5	4,4	3,5	1,6	5,7	1,3	1,5	0,3	0,6	5,0	-0,9	-0,6	-2,0
Gesamte EU 25	3,2	3,1	2,9	2,5	2,8	1,3	1,1	1,0	0,6	0,7	0,5	0,1	-1,0	-0,3	-0,8

1) Nominallöhne = Nominaleinkommen aus unselbstständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

2) Reallöhne = Nominaleinkommen aus unselbstständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf abzüglich Preisentwicklung (Deflator des privaten Verbrauchs), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 2).

3) Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominalzuwachs und dem tarifpolitischen Verteilungsspielraum (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten.

Angaben für 2006 = Frühjahrsprognose 2006 der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission (2006a); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler
Stiftung

2.1 ENTWICKLUNG DER NOMINAL- UND REALLÖHNE

Die Entwicklung der *Nominallöhne* ist im Jahr 2005 mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 2,5 % erneut wieder etwas geringer ausgefallen als in den Vorjahren, in denen noch Steigerungsraten von 3,1 % (2003) und 2,9 % (2004) erreicht wurden (Tabelle 3). Vor dem Hintergrund einer deutlich höheren Produktivitätsentwicklung lagen die Nominallohnzuwächse in den neuen EU-Staaten zumeist deutlich über dem Niveau der alten EU, wobei die baltischen Staaten als Einzige nach wie vor zweistellige Wachstumsraten verzeichnen konnten. In den meisten alten EU-Staaten lagen die nationalen Nominallohnzuwächse zwischen 2,5 % und 3,5 %. Die Ausreißer nach oben waren Griechenland und Großbritannien mit Zuwächsen von 6,1 % bzw. 4,4 %.

Die durchschnittliche Nominallohnentwicklung in der EU wurde jedoch durch die Entwicklung in Deutschland nachhaltig

nach unten gedrückt. Mit einer Nominallohnsteigerung von lediglich 0,8 % nahm Deutschland einmal mehr mit Abstand die europäische Schlusslichtposition ein und unterstreicht damit seine lohnpolitische Sonderrolle in Europa (Flassbeck/Spiecker 2005). Nach der Prognose der Europäischen Kommission wird sich auch im Jahr 2006 die große Diskrepanz in der Nominallohnentwicklung zwischen Deutschland und dem Rest Europas nicht verringern.

Die erheblichen nationalen Differenzen in den Nominallohnsteigerungen reflektieren zu einem Gutteil die unterschiedlichen Preisentwicklungen in den einzelnen Ländern. Demnach existiert bei der Entwicklung der *Reallöhne* in Europa eine deutlich geringere nationale Spannweite (Tabelle 3). Insgesamt wachsen die Reallöhne mit durchschnittlich 0,6 % in 2005 und erwarteten 0,7 % in 2006 etwas geringer als in den Vorjahren, in denen sie jeweils über 1 % lagen. Mit Spanien (-1,0 %), Malta (-0,6 %), Deutschland

(-0,5 %) und Belgien (-0,3 %) kam es 2005 in vier Ländern zu einer Reallohnensenkung, die sich voraussichtlich auch im Jahr 2006 weiter fortsetzen wird. Mit 3,1 % wies Irland den höchsten Reallohnzuwachs in der alten EU auf. Absoluter Spitzenreiter war hingegen Estland mit einem Zuwachs von 8,3 %.

2.2 AUSSCHÖPFUNG DER VERTEILUNGSSPIELRÄUME

Zur Beurteilung der nationalen Lohnentwicklung muss diese ins Verhältnis zu der jeweiligen nationalen ökonomischen Entwicklung gesetzt werden. Ein wesentlicher Indikator hierfür ist die Frage, inwieweit es der Lohnpolitik gelingt, den tarifpolitischen Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsentwicklung auszuschöpfen. Der Ausschöpfungsgrad kann hierbei durch die *Verteilungsbilanz*, das heißt dem Saldo aus Nominallohnentwicklung und tarifpolitischem Verteilungsspielraum, gemessen werden (Tabelle 3).

Tabelle 4: Verteilungsbilanz* in der Europäischen Union (EU 25) und der Europäischen Währungsunion (EU 12) 1995/2000–2005 – in Prozentpunkten –

Europäische Union (EU 25)				Europäische Währungsunion (EU 12)			
1995–2005		2000–2005		1995–2005		2000–2005	
Litauen	24,9	Ungarn	13,5	Griechenland	43,7	Irland	10,3
Tschechien	20,0	Tschechien	9,5	Portugal	24,5	Griechenland	8,7
Großbritannien	8,8	Luxemburg	6,0	Irland	15,2	Portugal	7,7
Portugal	8,1	Großbritannien	5,9	Spanien	8,0	Italien	6,8
Schweden	6,3	Italien	2,7	Niederlande	7,1	Luxemburg	6,4
Frankreich	0,3	Malta	2,7	Italien	6,4	Niederlande	5,1
Niederlande	0,0	Estland	2,6	Luxemburg	3,1	Spanien	5,0
Luxemburg	-0,1	Portugal	2,4	EU 12	-6,0	Finnland	-0,2
Dänemark	-0,8	Irland	2,0	Belgien	-6,4	Frankreich	-0,6
Malta	-1,5	Frankreich	1,9	Finnland	-6,7	Belgien	-0,7
Griechenland	-1,6	Griechenland	1,8	Frankreich	-7,6	EU 12	-1,5
EU 15	-1,9	Finnland	1,5	Österreich	-18,1	Österreich	-5,6
Italien	-2,6	Dänemark	1,4	Deutschland	-19,6	Deutschland	-9,0
Ungarn	-3,0	Niederlande	1,4				
Zypern	-3,5	Zypern	0,9				
EU 25	-3,6	Schweden	0,1				
Spanien	-4,1	Slowenien	-0,1				
Belgien	-5,6	EU 15	-0,1				
Finnland	-6,9	EU 25	-0,4				
Irland	-9,7	Litauen	-0,8				
Deutschland	-10,6	Belgien	-1,6				
Österreich	-13,6	Spanien	-1,8				
Slowenien	-14,1	Österreich	-4,0				
Estland	-14,1	Deutschland	-6,1				
Polen	-19,2	Polen	-11,2				
Slowakei	-21,2	Slowakei	-11,4				
Lettland	-24,9	Lettland	-11,9				
*Verteilungsbilanz: Saldo aus nationaler Nominallohnentwicklung und der Entwicklung des nationalen Verteilungsspielraums (Nationale Preis- und Produktivitätsentwicklung)				*Verteilungsbilanz: Saldo aus nationaler Nominallohnentwicklung und der Entwicklung des Verteilungsspielraums (EZB-Zielinflationsrate (= 2 %) plus nationale Produktivitätsentwicklung)			

Quelle: Eigene Berechnungen; Ursprungsdaten: Europäische Kommission (2006a).

WSI Hans Böckler Stiftung

Im Jahr 2005 hat die Lohnentwicklung im EU-Durchschnitt mit einer leicht negativen Verteilungsbilanz von -0,3 Prozentpunkten den Verteilungsspielraum annähernd ausschöpfen können. Im Vergleich zum Vorjahr (-1,0 Prozentpunkte) hat sich die Verteilungsbilanz damit wieder etwas verbessert, was jedoch fast ausschließlich an dem geringeren Produktivitätswachstum und dem damit kleiner gewordenen tarifpolitischen Verteilungsspielraum liegt. Für 2006 geht die Europäische Kommission davon aus, dass die Verteilungsbilanz innerhalb der EU mit -0,8 Prozentpunkten wiederum negativ sein wird.

2005 verfügten die alten EU-Staaten jeweils zur Hälfte über eine negative oder positive Verteilungsbilanz. Mit einem Plus von 3,3 Prozentpunkten gab es in Irland die expansivste Lohnentwicklung, während in Deutschland mit -2,0 Prozentpunkten der Verteilungsspielraum am wenigsten ausgeschöpft wurde und somit die größte Umverteilung von Arbeits- zu Kapitalein-

kommen stattfand. In der Mehrzahl der neuen EU-Staaten war die Verteilungsbilanz ebenfalls negativ, was darauf hindeutet, dass der lohnpolitische Aufholprozess hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurückbleibt.

Die hier vorgenommene jahresbezogene Betrachtung der Verteilungsbilanz ist insofern nicht ganz unproblematisch, da sie konjunkturelle Faktoren weitgehend unberücksichtigt lässt. Die Anpassung der Lohnpolitik an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung vollzieht sich in der Regel mit einer gewissen Zeitverzögerung, sodass im konjunkturellen Aufschwung tendenziell eher negative Verteilungsbilanzen vorherrschen, während umgekehrt in Abschwungphasen die Verteilungsbilanzen eher positiv sind. Da eine kurzfristige, jahresbezogene Punktlandung der Lohnpolitik kaum möglich ist, scheint es sinnvoll, die Lohnentwicklung an einer eher mittelfristigen Ausschöpfung der Verteilungsspielräume zu messen.

Tabelle 4 liefert einen Überblick über die Entwicklung der Verteilungsbilanz in den letzten zehn bzw. fünf Jahren. Demnach war im Zeitraum 1995–2005 die Lohnentwicklung in der EU insgesamt nicht in der Lage, den Verteilungsspielraum zu nutzen und hat im EU-Durchschnitt zu einer negativen Verteilungsbilanz von -3,6 Prozentpunkten geführt. Betrachtet man lediglich den Zeitraum 2000–2005, so wurde der Verteilungsspielraum mit -0,4 Prozentpunkten fast ausgeschöpft.

Zwischen den einzelnen europäischen Ländern bestehen auch bei einer mittelfristigen Betrachtungsweise große Unterschiede. Innerhalb der alten EU-Staaten haben vor allem Großbritannien, Portugal und Schweden in den letzten zehn Jahren eine äußerst expansive Lohnpolitik betrieben, die sich in einer sehr positiven Verteilungsbilanz niederschlägt. In den letzten fünf Jahren waren es hingegen Luxemburg und Großbritannien, in denen gemessen an den nationalen Verteilungsspielräumen die ex-

pansivste Lohnpolitik vorherrschte. Demgegenüber bildeten Deutschland und Österreich sowohl in den letzten zehn als auch in den letzten fünf Jahren innerhalb der alten EU das lohnpolitische Schlusslicht und hatten mit Abstand die negativsten Verteilungsbilanzen.

Innerhalb der neuen EU-Staaten herrscht bei den Verteilungsbilanzen eine extrem große Spannbreite. Während in Litauen und Tschechien die Lohnentwicklung seit Mitte der 1990er Jahre den Verteilungsspielraum um mehr als 20 Prozentpunkte übertraf, lag sie in der Slowakei und Lettland um mehr als 20 Prozentpunkte darunter. In den letzten fünf Jahren bildeten ebenfalls Länder aus den neuen EU-Staaten die extremen Pole: Einer positiven Verteilungsbilanz von 13,5 Prozentpunkten in Ungarn stand eine negative Verteilungsbilanz von -11,9 Prozentpunkten in Lettland gegenüber.

Ein Über- oder Unterausschöpfen der nationalen Verteilungsspielräume durch die Lohnpolitik wird in einem internationalen Wirtschaftssystem in der Regel durch eine Auf- oder Abwertung der nationalen Währung kompensiert. Mit der Gründung der Europäischen Währungsunion (EWU) Ende der 1990er Jahre wurde dieser Mechanismus für einen Teil Europas jedoch endgültig aufgehoben. Innerhalb der EWU wirkt sich die Lohnentwicklung nunmehr direkt auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft aus. Versuchen mehrere Staaten innerhalb der EWU durch eine restriktive Lohnpolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, so droht eine deflationäre Lohnsenkungsspirale (Flassbeck/Spiecker 2005).

Hinzu kommt, dass sich die Geldpolitik der EZB an der durchschnittlichen Preisentwicklung im gesamten EWU-Raum orientieren muss und Länder mit einer unterdurchschnittlichen Preisentwicklung hierdurch strukturell benachteiligt werden, da sie stets ein höheres Realzinsniveau zu verkraften haben. Da die nationale Lohnentwicklung eine wesentliche Komponente bei der Entwicklung der nationalen Preissteigerungsraten darstellt, erscheint der lohnpolitische Koordinierungsbedarf innerhalb der EWU besonders dringlich. Nach Ansicht vieler AutorInnen sollte sich die Lohnpolitik im Rahmen der EWU dabei nicht mehr an der nationalen Preisentwicklung, sondern an der durch die EZB vorgegebenen Zielinflationsrate orientieren, um auf diese Weise die Inflationsraten

Tabelle 5: Gesetzliche Mindestlöhne in Europa in Euro (Stand: Juli 2006)*

	pro Stunde	pro Monat
Luxemburg	8,69	1.503
Frankreich	8,27	1.257
Niederlande	8,03	1.285
Irland	7,65	1.293
Belgien	7,48	1.234
Großbritannien***	7,31	1.265
Griechenland	3,86	668
Spanien**	3,78	631
Malta	3,35	580
Slowenien	3,03	512
Portugal**	2,62	437
Tschechien	1,58	261
Ungarn	1,43	247
Polen	1,35	234
Estland	1,11	192
Slowakei	1,08	183
Litauen	0,92	159
Lettland	0,75	129

* Bei der Berechnung wurden folgende Wochenarbeitszeiten zugrunde gelegt: 40 Stunden: Estland, Griechenland, Großbritannien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Ungarn; 39 Stunden: Irland, Slowakei; 38,5 Stunden: Spanien, Portugal; 38 Stunden: Belgien, Tschechien; 37 Stunden: Niederlande; 35 Stunden: Frankreich.

** Berechnet auf der Basis von 14 obligatorischen Monatsgehältern

*** Eine weitere Erhöhung auf 7,74 Euro pro Stunde/1339 Euro pro Monat tritt ab dem 1. Oktober 2006 in Kraft.

Quelle: Eurostat, nationale Statistiken, eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

einander anzunähern. Der somit neu definierte nationale Verteilungsspielraum entspräche der „Zielinflationsrate plus dem landesspezifischen mittelfristigen Produktivitätszuwachs“ (Logeay et al. 2005).

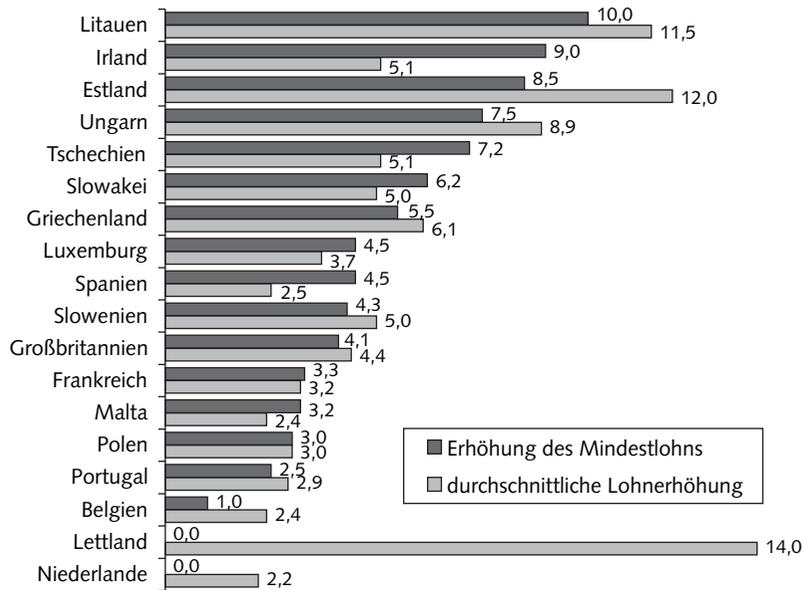
Wird bei der Bestimmung des Verteilungsspielraumes in der EWU die derzeit anvisierte Zielinflationsrate von 2 % zugrunde gelegt, so zeigen sich bei den Verteilungsbilanzen der EWU-Staaten gegenüber einer rein nationalen Betrachtungsweise erhebliche Unterschiede (Tabelle 4). Bei Ländern mit eher höheren nationalen Preissteigerungsraten wie Griechenland, Portugal oder Irland kommt es durch die Berücksichtigung der EZB-Zielinflationsrate zu einer deutlichen Verkleinerung des Verteilungsspielraums. Gleichzeitig wirkt die Lohnentwicklung in diesen Ländern nun noch expansiver, da sie die Verteilungsspielräume deutlich stärker ausgeschöpft haben. Umgekehrt vergrößern sich die Verteilungsspielräume in Ländern, die wie Deutschland und Österreich eine unterdurchschnittliche Preisentwicklung zu verzeichnen haben, während die Lohnpolitik in diesen Ländern noch restriktiver erscheint. So läge bei einer derartigen Berechnung die Lohnentwicklung in Deutschland in den letzten fünf Jahren um etwa 9 %, in den letzten zehn Jahren sogar um fast 20 % unterhalb des nach EWU-Kriterien bestehenden Verteilungsspielraums.

3 Gesetzliche Mindestlöhne

In 18 von insgesamt 25 EU-Mitgliedsstaaten existieren gesetzliche Mindestlöhne, die über alle Branchen hinweg eine universelle Lohnnorm definieren, die nicht unterschritten werden darf (Schulten et al. 2006). Während einige EU-Staaten – wie zum Beispiel Frankreich oder die Benelux-Staaten – bereits seit mehreren Jahrzehnten über praktische Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen verfügen, haben Irland und Großbritannien erst Ende der 1990er Jahre nationale gesetzliche Mindestlöhne eingeführt. In den meisten Ländern aus Mittel- und Osteuropa (MOE) wurden im Rahmen der Transformationsperiode Anfang der 1990er Jahre neue gesetzliche Mindestlohnregelungen geschaffen, die seither vor dem Hintergrund eher schwach entwickelter Tarifvertragssysteme für die gesamte Lohnentwicklung eine besonders wichtige Rolle spielen.

Bezogen auf die absolute Höhe des nationalen Mindestlohns lassen sich innerhalb der EU drei Ländergruppen identifizieren (Tabelle 5): Zur ersten Gruppe mit relativ hohen Mindestlöhnen zwischen 1.265 und 1.503 € pro Monat bzw. 7,31 und 8,69 € pro Stunde gehören die Beneluxstaaten sowie Frankreich, Großbritan-

Abb. 1: Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne und durchschnittliche Lohnerhöhung 2005 - in % -



Quelle: Europäische Kommission (2006a); Carley (2006a).

WSI Hans Böckler Stiftung

nien und Irland. Eine *zweite* mittlere Gruppe mit Mindestlöhnen zwischen 437 € und 668 € pro Monat bzw. 2,62 und 3,86 € pro Stunde umfasst die südeuropäischen EU-Staaten Spanien, Portugal, Malta und Griechenland sowie Slowenien. Schließlich finden sich in der *dritten* Gruppe mit relativ niedrigen Mindestlöhnen zwischen 129 € und 261 € pro Monat bzw. 0,75 und 1,58 € pro Stunde ausschließlich MOE-Staaten. Die unterschiedlichen Niveaus der nationalen Mindestlöhne spiegeln zu einem bedeutenden Anteil die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern wider. Gemessen in Kaufkraftparitäten reduziert sich das Verhältnis zwischen dem niedrigsten und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU von 1:13 (gemessen in Euro) auf etwa 1:4,5 (Regnard 2005).

Obwohl der gesetzliche Mindestlohn letztendlich durch die jeweiligen Regierungen festgelegt wird, ist er de facto in fast allen Ländern das Ergebnis mehr oder weniger formalisierter Verhandlungen zwischen dem Staat und den Tarifvertragsparteien. In Belgien und Griechenland sowie einer Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten wird der Mindestlohn sogar explizit durch eine nationale Tarifvereinbarung festgelegt. In den übrigen Ländern bestehen dagegen zahlreiche bi- und tripartistische Institutionen, die mehr oder weniger verbindliche Empfehlungen für die Er-

höhung der gesetzlichen Mindestlöhne aussprechen.

Nachdem die gesetzlichen Mindestlöhne in den Vorjahren teilweise deutlich stärker als die übrigen Löhne angehoben wurden (Schulten 2005), blieben im Jahr 2005 in 11 von 18 EU-Staaten die Mindestlohnerhöhungen hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurück (Abbildung 1). In zwei Staaten (Niederlande und Lettland) wurden die Mindestlöhne sogar vollständig eingefroren. Damit nahm in diesen Ländern der Abstand zwischen Mindest- und Durchschnittslöhnen wieder zu. In sechs EU-Staaten lag der Anstieg der Mindestlöhne über dem Niveau der durchschnittlichen Lohnerhöhung. Besonders groß war die Erhöhung der Mindestlöhne mit 9 % in Irland, die damit 4 Prozentpunkte über dem allgemeinen Lohnzuwachs lag.

4

Arbeitszeiten in Europa

Die tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit lag im Jahr 2005 innerhalb der EU durchschnittlich bei 38,6 Stunden (Tabelle 6). In acht EU-Staaten, zu denen neben Griechenland und Malta weitere sechs Länder aus Mittel- und Osteuropa gehören, betrug die vereinbarte Standardwochenarbeitszeit nach wie vor 40 Stun-

den. In elf Ländern lag die Wochenarbeitszeit zwischen 38 und 39 Stunden, während in fünf Ländern weniger als 38 Stunden vereinbart wurden. Deutschland lag mit 37,7 Wochenarbeitsstunden knapp unter dem Durchschnitt der alten EU-Staaten mit 38 Stunden. Die kürzeste Wochenarbeitszeit besteht hingegen in Frankreich, wo seit dem Ende der 1990er Jahre die 35-Stunden-Woche als gesetzlich festgeschriebene Regelarbeitszeit gilt.

Während das Thema Arbeitszeitverkürzung von wenigen Einzelfällen abgesehen derzeit in Europa keine Rolle spielt, hat in einigen Ländern der politische Druck in Richtung Arbeitszeitverlängerung deutlich zugenommen (Keune/Galgóczi 2006). Bislang hat sich diese Entwicklung jedoch noch nicht in einem nennenswerten Umfang in einer Verlängerung der tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeiten niedergeschlagen (Carley 2006b). Tarifvertragliche Arbeitszeitverlängerungen, wie sie in Deutschland etwa im öffentlichen Dienst beschlossen wurden, sind in Europa nach wie vor die Ausnahme.

In den meisten europäischen Ländern liegen die effektiven Arbeitszeiten jedoch vielfach deutlich über dem Niveau der tarifvertraglichen Regelungen. So betrug Ende 2004 die effektive Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in der EU durchschnittlich 41,3 Stunden pro Woche und damit 2,7 Stunden mehr als im Tarifvertrag vereinbart (Tabelle 6). Die längsten effektiven Arbeitszeiten existieren mit mehr als 43 Stunden in Griechenland, Lettland und Slowenien. Effektive Arbeitszeiten von unter 40 Stunden finden sich hingegen lediglich noch in den skandinavischen Ländern Dänemark, Finnland und Schweden sowie in Frankreich und Spanien.

Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich die effektiven Arbeitszeiten in vielen Ländern erhöht. Damit wird deutlich, dass der politische Druck Richtung Arbeitszeitverlängerung jenseits der tariflichen Vereinbarungen vor allem bei den effektiven Arbeitszeiten ein Ventil hat. Instrumente hierfür sind die Erleichterung/Verbilligung von Überstunden, die Einführung tariflicher Öffnungsklauseln für betriebliche Arbeitszeitverlängerungen und die Erhöhung der Arbeitszeiten von nicht-tarifgebundenen Beschäftigten. In einigen Ländern besteht eine besonders große Diskrepanz zwischen tarifvertraglich vereinbarten und effektiven Arbeitszeiten. Hierzu gehört neben Großbritannien, Frankreich, Öster-

reich und den Niederlanden auch Deutschland, das nach Angaben des EU Labour Force Survey für Vollzeitbeschäftigte mittlerweile eine durchschnittliche effektive Arbeitszeit von 42,3 Stunden pro Woche aufweist und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt.

5

Fazit: Tarifpolitik 2005/2006 in Europa

Mit der weitgehenden Ausschöpfung der tarifpolitischen Verteilungsspielräume konnte die Lohnpolitik insgesamt auch im Jahr 2005 wieder einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Stabilität in Europa leisten. Seit dem Beginn des neuen Jahrtausends weist die Lohnentwicklung damit eine bemerkenswerte Beständigkeit auf, die im EU-Durchschnitt den Kriterien einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik entspricht. Die vor dem Hintergrund höherer Wachstumsraten von der Europäischen Kommission für 2006 prognostizierte Verschlechterung der Verteilungsbilanz entspricht dabei dem normalen konjunkturellen Verlaufsmuster und bedeutet deshalb nicht notwendig eine Abkehr vom bisherigen Entwicklungspfad.

Problematisch ist hingegen die Tatsache, dass einige europäische Länder in ihrer Lohnentwicklung nach wie vor deutlich hinter den ökonomischen Möglichkeiten zurückbleiben und damit die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa hemmen. Allen voran ist hierbei die bereits seit Mitte der 1990er Jahre andauernde tarifpolitische Sonderrolle Deutschlands zu nennen. Die Daten für 2005 sprechen hier einmal mehr eine eindeutige Sprache: Deutschland verzeichnet das niedrigste Nominallohnwachstum,

Tabelle 6: Tarifvertraglich vereinbarte und effektive Wochenarbeitszeiten in der EU (2005) – in Stunden –

	Tariflich	Effektiv*	Differenz
Estland	40,0	41,6	1,6
Griechenland	40,0	43,2	3,2
Lettland	40,0	43,7	3,7
Litauen	40,0	40,0	0,0
Malta	40,0	40,3	0,3
Polen	40,0	42,6	2,6
Slowenien	40,0	43,3	3,3
Ungarn	40,0	41,4	1,4
Irland	39,0	41,8	2,8
Luxemburg	39,0	41,5	2,5
Österreich	38,8	42,9	4,1
Schweden	38,8	39,8	1,0
Slowakei	38,6	41,6	3,0
Spanien	38,5	39,3	0,8
Portugal	38,3	40,2	1,9
Belgien	38,0	40,0	2,0
Tschechien	38,0	42,0	4,0
Zypern	38,0	42,0	4,0
Italien	38,0	40,3	2,3
Deutschland	37,7	42,3	4,6
Finnland	37,5	39,6	2,1
Großbritannien	37,2	42,2	5,0
Dänemark	37,0	39,2	2,2
Niederlande	37,0	41,6	4,6
Frankreich	35,0	39,1	4,1
EU 15	38,0	40,8	2,8
Gesamte EU 25	38,6	41,3	2,7

* von Vollzeitbeschäftigten (Angaben für das 4. Quartal 2004)

Quelle: Carley (2006b), EU Labour Force Survey, eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

deutliche Reallohnverluste und die schlechteste Verteilungsbilanz. Hinzu kommen noch die Arbeitszeitverlängerungen, denen zufolge die effektiven Wochenarbeitszeiten in Deutschland mittlerweile über dem EU-Durchschnitt liegen.

Die tarifpolitische Sonderrolle Deutschlands ist auch durch das absolute Niveau der Arbeitskosten nicht zu rechtfertigen, das sich nach neueren Untersuchungen lediglich im europäischen Mittelfeld bewegt (IMK 2006). Dagegen fällt auf, dass die äußerst restriktive deutsche Lohnentwicklung mit einer der schlechtesten Wachs-

tums- und Beschäftigungsbilanzen in Europa einhergeht. Trotz einiger positiver Anzeichen für eine etwas expansivere Entwicklung in der Tarifrunde 2006,⁶ wird sich dieser Trend gesamtwirtschaftlich wohl auch im Jahr 2006 erst einmal fortsetzen.

6 Zur aktuellen Tarifrunde 2006 in Deutschland vgl. den Beitrag von Reinhard Bispinck/WSI-Tarifarchiv in diesem Heft.

LITERATUR

- Bispinck, R./Schulden T.** (2005): Deutschland vor dem tarifpolitischen Systemwechsel?, in: WSI-Mitteilungen 8, S. 466–472
- Carley, M.** (2006a): Pay Developments – 2005, erscheint bei: EIROOnline [http://www.eiro.eurofound.eu.int/]
- Carley, M.** (2006b): Working Time Developments – 2005, erscheint bei: EIROOnline [http://www.eiro.eurofound.eu.int/]
- Europäische Kommission** (2005): Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008), KOM (2005) 141 endg. Brüssel, 12.4.2005
- Europäische Kommission** (2006a): Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft, Frühjahr 2006 [http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2006/statannex0106_de.pdf]
- Europäische Kommission** (2006b): Economic Forecasts, Spring 2006 [http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2006/ee206en.pdf]
- EZB – Europäische Zentralbank** (2006): Monatsbericht Juni 2006
- Flassbeck, H./Spiecker, F.** (2005): Die deutsche Lohnpolitik sprengt die Europäische Währungsunion, in: WSI-Mitteilungen 12, S. 707–713
- Hein, E./Schulden, T.** (2004): Arbeitslosigkeit, Lohnentwicklung und Tarifvertragssysteme in der Europäischen Union, in: Sterkel, G./Schulden, T./Wiedemuth, J. (Hrsg.): Autonomie im Laufstall? Gewerkschaftliche Lohnpolitik in Euroland, Hamburg, S. 38–62
- IMK** (2006): Arbeitskosten in Deutschland bisher überschätzt. Auswertung der neuen Eurostatstatistik, IMK Report 11 (Juni 2006)
- Keune, M.** (2005): The Coordination of Collective Bargaining in Europe – Annual Report 2004 to the ETUC Collective Bargaining Committee, Brüssel [www.etuc.org/IMG/doc/CBC_Rapport_2005_EN_FIN.doc]
- Keune, M./Galgóczi, B. (eds.)** (2006): Collective Bargaining on Working Time. Recent European Experiences, Brüssel
- Logeay, C./Rietzler, K./Zwiener, R.** (2005): Lohnentwicklungen in Europa: Ein Problem für die Europäische Währungsunion? in: WSI-Mitteilungen 12, S. 714–720
- Regnard, P.** (2005): Mindestlöhne 2005, Statistik kurz gefasst, Reihe: Bevölkerung und soziale Bedingungen 7, Eurostat
- Schulden, T.** (2004): Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg
- Schulden, T.** (2005): Europäischer Tarifbericht des WSI 2004/2005, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 375–382
- Schulden, T./Bispinck, R./Schäfer, C. (Hrsg.)** (2006): Mindestlöhne in Europa, Hamburg